

NZZ am Sonntag

Prostitution

Die Linke entscheidet, wie das Milieu reguliert wird

Steuerpolitik, Löhne, Sozialhilfe - überall haben linke Politiker klare Positionen: Moral durch scharfe Gesetze. Bei der Prostitution nicht. Zwar wollen alle linken Politiker den armen Frauen - von Strichern und Callboys ist kaum die Rede - helfen. Aber mit völlig gegenteiligen Ansätzen. Die einen, Deutschlands rot-grüne Regierung gehörte dazu, will Prostituierte emanzipieren. Sie werden deshalb politisch korrekt Sexworkerinnen genannt, sollen selbstbestimmt, steuerpflichtig und im Idealfall gewerkschaftlich organisiert im Lichte der Legalität arbeiten. Prostitution als ehrliches Kleingewerbe, betrieben auch in staatlichen Verrichtungsboxen. Die andere Position, die derzeit Frankreichs Sozialisten propagieren, die in Schweden Gesetz ist und von der deutschen Feministin Alice Schwarzer gefordert wird, ist die der Prohibition. Sie will die Nachfrage von Prostitution, also das Freiern, verbieten. Sie betreibt Wunschdenken mit den Mitteln des Strafrechts. Der Kampf um die richtige Haltung zur Prostitution in eher links denkenden Kreisen wird entscheidend sein für die künftige Regulierung des Rotlichtmilieus. Wer sich auf der Linken durchsetzt, kann eine gesellschaftliche Mehrheit bilden, entweder mit liberalen Kreisen zusammen in Richtung mehr Normalität. Oder mit den Konservativen zusammen hin zur Prohibition. (tis.)

Lehrplan 21

Bildungsbürokraten müssen nachsitzen

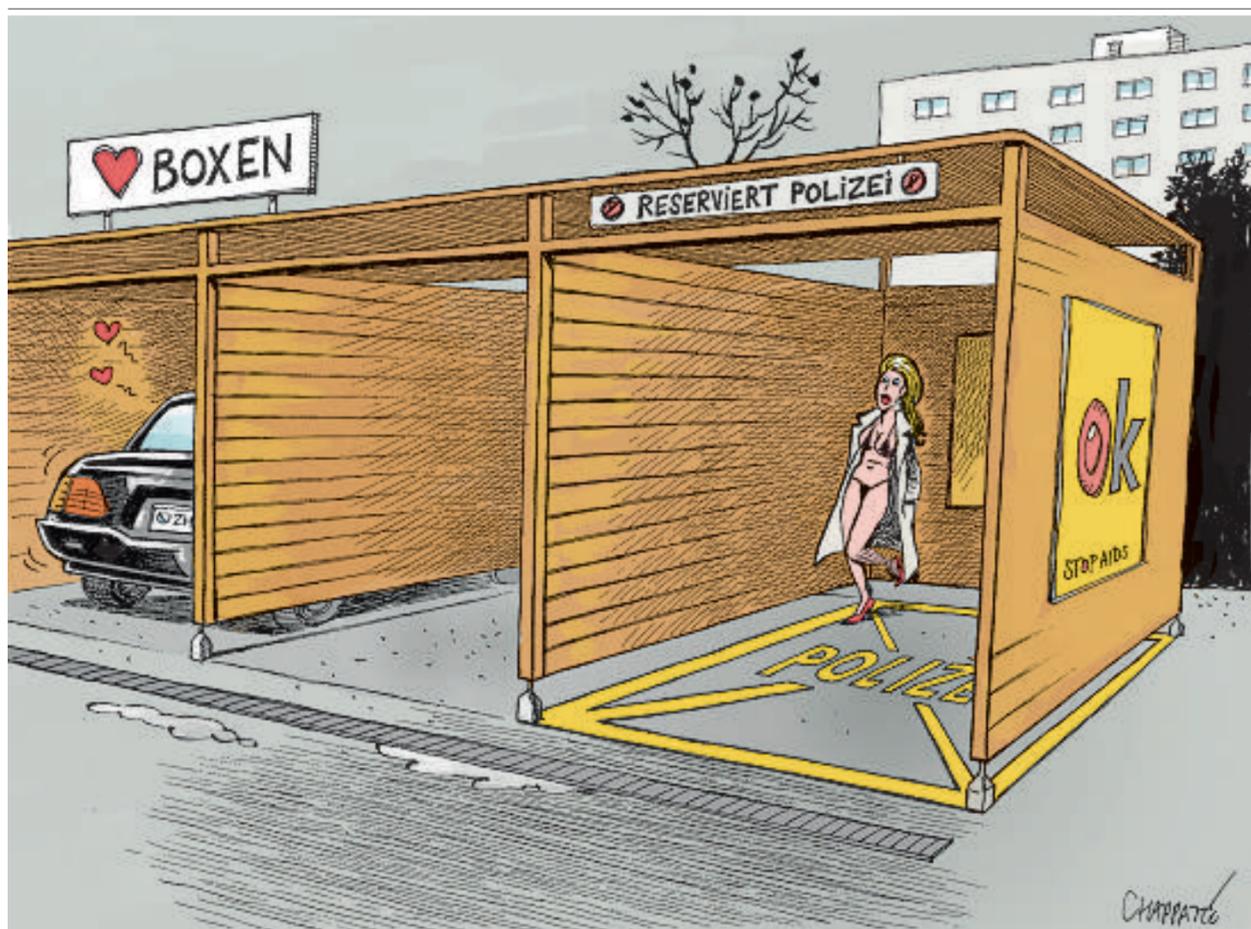
Die Aufgabe war in ihrer Anlage simpel: Mit dem ersten Lehrplan für alle 21 Deutschschweizer Kantone sollen die Ziele der obligatorischen Schulen so weit vereinheitlicht werden, dass Familien mit Kindern ohne Probleme zügeln können - auch über die Kantonsgrenzen hinweg. Die Lösung hingegen präsentiert sich hoch komplex: Im Lehrplan 21 werden Tausende Kompetenzen aufgelistet, welche die Kinder erwerben sollen. So müssen sie etwa am Ende der 6. Klasse «historische Quellentexte von geschichtlichen Darstellungen eigenständig unterscheiden» können. Welche Epochen bis dann behandelt sind, bleibt schwammig. Von Harmonisierung keine Spur. Von Klarheit ebenso wenig. Die Lehrplanmacher droht: Lehrer, Kinder und interessierte Eltern. Und sie haben erfolgreich eine Mess- und Vergleichbarkeit der Zielerreichung verunmöglicht. Zu lange wurde - etwa aus Angst vor reaktionärer Opposition gegen Sexualkunde - hinter verschlossenen Türen gearbeitet. Im Austausch mit der Basis hätten sie früh genug gemerkt, dass sie sich in abgehobenen Sphären bewegen. Nun müssen sie nachsitzen: Gefragt ist ein verständlicher, schlanker und praxistauglicher Lehrplan. (rd.)

US-Justiz

Es trifft nicht nur die Schweiz

Jahrelang musste Jamie Dimon als Beispiel für den angeblichen Filz zwischen Wall Street und Washington herhalten. Dimon ist Chef der Grossbank JP Morgan, aber auch Parteimitglied bei den Demokraten, mit guten Verbindungen zur Obama-Regierung. Jetzt muss sein Institut für dubiose Hypothekengeschäfte während der Finanzkrise eine Rekordbusse von 13 Milliarden Dollar zahlen. Gerade erst wurde die Firma von Hedge-Fund-Ikone Steven Cohen zu einer Milliardenzahlung verdonnert - noch einer, dem man nachsagte, seine Vernetzung schütze ihn vor Strafen. Richtig ist: Die US-Justiz kennt keine Kumpanei. Das sollte jedem zu denken geben, der behauptet, sie führe einen einseitigen Vernichtungsfeldzug gegen den Schweizer Finanzplatz. (smb.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

So kann die Partnerschaft zwischen Eltern und Schule gelingen

Eltern, Lehrpersonen, Kinder – sie haben sich alle nicht ausgesucht und müssen an der Schule trotzdem miteinander klarkommen. Wie das ohne Prozesse und Anwälte geht, **schreibt Jürg Brühlmann**

Eltern sind die strategischen Partner der Volksschule. Sie können sich zwar die Schule und die Lehrperson nicht auswählen, viele sind in Schulfragen nicht einmal stimmberechtigt. Aber die meisten Eltern wollen eine gute Schule, die das Beste für ihr Kind tut. Deshalb sind sie Supporter der Schule, Interessenvertreter oder neudeutsch: *stakeholder*.

Die Lehrerinnen und Lehrer sind die strategischen Partner der Eltern. Sie sind vielleicht nicht erste Wahl der Eltern. Und sie können sich die Kinder in ihrer Klasse nicht aussuchen. Aber wie die Eltern wollen auch die Lehrpersonen eine gute Schule, und sie wollen das Beste für die Schulkinder tun. Deshalb sind sie Supporter der Eltern, sie sind ihre *stakeholder*.

Warum gibt es trotzdem immer wieder laute Klagen von Eltern und immer häufiger auch von ihren Anwälten über willkürliche Klassenzuteilungen, ungerechte Noten, einen saloppen Umgangston, rigide Strafen, über Machtausübung, Kuschelpädagogik oder falsche Methoden?

Und warum beklagen sich Lehrerinnen und Lehrer über aufsässige, abwesende, gewalttätige oder übermässig verwöhnende Eltern, die man anscheinend nur mit Bussen und Elternverträgen zur Zusammenarbeit bringen kann?

Vielleicht, weil früher alles besser war? Wohl kaum. An meinem ersten Elternabend 1979 als Lehrer im Kanton Solothurn sassen die Eltern meiner neuen Schülerinnen und Schüler eher eingeschüchtert und möglichst weit hinten an den ungewohnten Gruppentischen. Offenbar waren sie es gewohnt, brav an den frontal gestellten Pulten zu sitzen, während mein pensionierter Vorgänger, zu dem viele schon selbst in die Schule gegangen waren, die Faulheit und Dummheit der Jugend beklagte. Auch spitze Hinweise auf die Äpfel, die nicht weit vom Stamm fallen, konnte er sich dabei nicht verweigern.

Nicht weit von dieser damaligen Schule liegt Zuchwil. Die dortige «Schulvereinba-

rung» hat es im Sommer bis in die Medien gebracht. Es handelt sich um einen klassischen Dreiecksvertrag: Schülerinnen und Schüler «unterstützen einander beim Lernen», «belästigen niemanden» und «erscheinen pünktlich» mit dem nötigen Material. Die Eltern sorgen für einen «ruhigen Arbeitsplatz», nehmen an den «Elternveranstaltungen» teil und «tragen die Hauptverantwortung für die berufliche Zukunft» ihres Kindes. Die Lehrpersonen sind «ein Vorbild», und sie begegnen den Schülerinnen und Schülern «mit einer positiven Grundhaltung», anerkennen «ihre Leistungen» und «üben Kritik so, dass sie die Lernenden weiterbringt». Der Hauswart «steht allen Gruppen mit Rat und Tat zur Seite», und die Schulleitung sorgt für «intensive und offene Kommunikation».

Das Dilemma ist offensichtlich: Die Schule hat es heute mit sehr unterschiedlichen Erziehungsvorstellungen zu tun und mit sehr gut informierten Eltern. Um einen funk-

tionierenden Schulbetrieb zu gewährleisten, werden heute in immer mehr Schulen die vereinbarten Lernziele und die dafür notwendigen gegenseitigen Verpflichtungen diskutiert und vereinbart. Das ist die Umsetzung der strategischen Partnerschaft. Weniger sinnvoll wäre es, den Eltern und Kindern einseitig eine Vereinbarung vorzulegen, was sie zu Hause zu tun haben. Eine obligatorische öffentliche Schule, die nicht gewählt wird, kann keine Bedingungen stellen. Sie muss die Kinder aus dem Quartier oder Dorf aufnehmen und deren Eltern als Partner akzeptieren. Das gilt auch umgekehrt: Unterricht ist zwar ausschliesslich Sache der dafür ausgebildeten Lehrpersonen. Aber man kann sie befragen, und sie müssen ihre Tätigkeit begründen. Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte haben also miteinander klarzukommen, auch wenn sie getrennte Zuständigkeiten haben.

Am Ende der Schulvereinbarung von Zuchwil steht: «Regeln und Verantwortlichkeiten allein machen noch keine gute Schule. Es liegt an jedem von uns, diese Schulvereinbarung mit Leben zu erfüllen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Dann ist unsere Schule ein Ort, an dem wir gerne arbeiten.» Gemeinsame Regeln und die gegenseitigen Erwartungen aller Beteiligten des Lerngeschäfts müssen immer wieder erarbeitet und geklärt werden.

So könnte sie funktionieren, die Partnerschaft: Eltern sind keine Kunden oder Kuchenbäcker, sondern informierte und eigenverantwortliche Partner im Erziehungsgeschäft. Kinder sind keine Objekte, sondern Menschen mit eigenen Vorstellungen. Und Schulen sind kein käufliches Dienstleistungsangebot, sondern die professionell geführten Lernwerkstätten unserer Gesellschaft. Und so könnte sie weiteren Nutzen bringen, die strategische Partnerschaft: Wenn sich beide erwachsenen Seiten nicht nur für das gemeinsam betreute Kind einsetzen, sondern auch für eine gut ausgestattete öffentliche Schule.

Jürg Brühlmann



Jürg Brühlmann, 59, führt seit gut zwei Jahren die Pädagogische Arbeitsstelle des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH. Er war selber Primar-, Sekundar- und Sonderklassenlehrer. Nach diversen Studien hat er in der Lehrerbildung und Schulberatung gearbeitet sowie verschiedene grössere Projekte geleitet.